

KOMMENTAR



Alicia Diry zum  
Gewerbegebiet  
mit Lorsch.

## Wirtschaft oder Natur?

Die Entscheidung für das interkommunale Gewerbegebiet bei Bensheim ist kein einfacher politischer Beschluss, sondern ein klassisches Dilemma. Auf der einen Seite steht die wirtschaftliche Realität. Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist da, die Haushaltslage der Stadt angespannt, zusätzliche Gewerbesteuerentnahmen sind ein legitimes Ziel kommunaler Politik. Wer Bensheim langfristig handlungsfähig halten will, kann die Frage nach neuen Gewerbeflächen nicht einfach beiseiteschieben.

Auf der anderen Seite ist auch die Kritik der Opposition und des NABU keineswegs ideologisch motiviert, sondern fachlich begründet. Die Altmekarschlingen sind kein beliebiger Acker, sondern ein sensibler Naturraum mit Bedeutung für Klima, Wasserhaushalt, Biodiversität und Naherholung. Was hier versiegelt wird, ist auf Generationen verloren. Diese Dimension darf in der Abwägung nicht kleingeredet werden. Genau darin liegt die Schwierigkeit: Das Vorhaben ist ein zweischneidiges Schwert.

Wirtschaftliche Entwicklung und Flächenschutz stehen sich frontal gegenüber. Umso wichtiger ist jetzt die zweite Phase. Wenn das Projekt weiterverfolgt wird, muss der Schutz der Altmekarschlingen oberste Priorität haben. Das bedeutet: sensible Bereiche konsequent aussparen, Flächenverbrauch minimieren, Ausgleich nicht nur auf dem Papier organisieren.

Ob am Ende die richtige Entscheidung getroffen wurde, wird sich ohnehin erst in einigen Jahren zeigen. Nachvollziehbar sind die Argumente auf beiden Seiten schon heute. Entscheidend wird sein, was Bensheim nun daraus macht.

# Mehrheit stimmt für interkommunales Gewerbegebiet mit Lorsch

**Kommunalpolitik:** Die Stadtverordnetenversammlung hat mit ihrer Entscheidung die planerischen Voraussetzungen beschlossen.

Von Alicia Diry

Bensheim. Noch liegt die Fläche nördlich der B47 weitgehend still zwischen Feldern und Gewerbebauten in weiter Ferne. Doch politisch ist der nächste Schritt getan: Die Stadtverordnetenversammlung hat nach einer hitzigen Debatte den Weg für ein interkommunales Gewerbegebiet mit Lorsch freigemacht. Mit 23 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen wurde die Vorlage angenommen. Zuvor hatte bereits der Bauausschuss nur knapp mit 5:4 zugestimmt.

Mit dem Beschluss ist das Projekt allerdings noch nicht endgültig auf den Weg gebracht. Zunächst sollen lediglich die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Da der Regionalplan das Gebiet bislang nicht als Gewerbefläche vorsieht, ist ein Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium Darmstadt notwendig.

### Befürworter sehen wirtschaftliche Notwendigkeit

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP warben nachdrücklich für das Vorhaben. Maximilian Gärtner (CDU) sprach von einer „Zukunftsentcheidung für Bensheim“. Die Stadt benötige zusätzliche Gewerbeflächen, auch mit Blick auf die angespannte Haushaltslage. Es gebe eine lange Liste von Unternehmensanfragen. Der interkommunale Ansatz mit Lorsch sei „essenziell wichtig“, unter anderem wegen möglicher Synergieeffekte und einer gemeinsamen Vermarktung ohne Konkurrenzdenken. Zugleich unterstrich die CDU, die Bedenken des Naturschutzes ernst zu nehmen und entsprechende ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.

Auch Werner Bauer (SPD) räumte ein, dass viele vorgetragene Umweltargumente nachvollziehbar seien, verwies jedoch auf die dauerhaft hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen. Entscheidend sei, die gewerbliche



Noch prägen Felder das Gebiet nördlich der B47. Hier soll gemeinsam mit Lorsch ein rund 21 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet entstehen.

BILD: THOMAS NEU

Nutzung möglichst umweltschonend zu gestalten und sensible Bereiche wie Wasserschutz und Tierwanderungen zu berücksichtigen.

Harald Boeddinghaus (FDP) hob insbesondere die verbesserte Zusammenarbeit mit Lorsch hervor. Die Flächen würden dringend benötigt, zudem sei die Lage entlang der B47 verkehrlich günstig.

### Deutliche Kritik aus dem Bauausschuss

Bereits im Bauausschuss hatte der Naturschutz deutliche Kritik geäußert. Werner Eck, Vorsitzender des NABU Bensheim/Zwingenberg, warnte eindringlich vor den Folgen einer Bebauung. Wohn- und Lebensqualität hingen unmittelbar mit

der Natur zusammen, betonte er. Der Verband werde sich „anstrengen“, gegen das Gewerbegebiet zu argumentieren, und forderte die Politik auf, ernsthaft nach Alternativflächen zu suchen.

Eck warnte, mit der geplanten Entwicklung werde „für künftige Generationen eine wichtige Natursource“ zerstört. Besonders die Reste der Altmekarschlingen müssten als wertvoller Landschaftsraum und Biotopverbund erhalten bleiben.

Die deutlichste Kritik kam von den Grünen. Lydia Kloos stellte klar, ihre Fraktion sei „keine Gewerbeflächenverhinderer“, sehe den Standort aber als falsch an. Der Regionalplan weise die Fläche ausdrücklich als Vorranggebiet für den regionalen

Grünzug aus. Dieser sichere wichtige Funktionen für Boden, Wasser, Luft, Klima und Erholung und dürfe laut Planung nicht durch andere Nutzungen beeinträchtigt werden.

Mit einem Gewerbegebiet würden Freiraum und Naherholungsgebiet verloren gehen, zudem würden Wanderkorridore für Tiere durchschnitten. Das Gebiet in den Altmekarschlingen sei ein bedeutender Lebensraum auch für bedrohte Arten. Die Grünen forderten, die Fläche stattdessen perspektivisch als interkommunales „Renaturierungsgebiet“ weiterzuentwickeln.

Alois Hillenbrand (FWG) stellte insbesondere das Vorgehen und den Zeitpunkt der Entscheidung infrage. Seine Fraktion wundere sich, warum

ein so bedeutendes Thema erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode behandelt werde. Der Ortsbeirat West habe das Vorhaben bereits abgelehnt und im Bauausschuss sei die Zustimmung nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt.

Nach den vorliegenden Zahlen könnten durch das Gebiet rund 1.440 Arbeitsplätze entstehen; zugleich werde mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von durchschnittlich 4.180 Pkw und 360 Lkw täglich gerechnet, was einen Ausbau der Anbindung an die B47 erforderlich mache.

Hillenbrand warnte zudem vor weitreichenden planungsrechtlichen Folgen. Mit dem Projekt würden bislang festgelegte Vorranggebiete für Grünzug, Landwirtschaft, besondere Klimafunktion und Grundwasserschutz zugunsten von Industrie- und Gewerbeflächen ersetzt. Politik müsse nicht nur mögliche Gewerbesteuer im Blick haben, sondern auch die klimatischen Folgen für künftige Generationen.

Auch andere Redner warnten vor langfristigen Folgen. Ulrike Vogt-Saggau (BfB) sprach faktisch von „Stubenwald III“ und stellte die Grundsatzfrage: „Um welchen Preis soll Bensheim wachsen?“ Es drohe der dauerhafte Verlust fruchtbarer Böden, wichtiger Klimafunktionen und eines der letzten großen Naherholungsräume.

Franz Apfel (BfB) warnte vor einer „Milchmädchenrechnung“ bei den erwarteten Gewerbesteuerentnahmen. Mehr Gewerbeansiedlungen bedeuteten nicht automatisch höhere Einnahmen für die Stadt.

Trotz der klaren Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ist das Projekt noch weit von einer Umsetzung entfernt. Entscheidend wird sein, ob das Regierungspräsidium eine Abweichung von den Zielen der Regionalplanung zulässt. Erst danach könnten Bauleitplanung und weitere Verfahren folgen.